

# Der Maler

## Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Abonnementpreis 1,50 M. pro Quartal bei freier Zustellung unter Kreuzband 9 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Hamburg 86, Alster-Deichstr. 10 Fernsprecher: Nordsee 8248

Kassachefkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes Hamburg 11598

### Neue Preiserhöhungen und Wirtschaftslage.

Die deutsche Arbeiterschaft hat kampfreiche Frühjahrsmonate hinter sich. Es galt für die sich fortgesetzt vermernde Lebenshaltung der Arbeiter ebenso einen Ausgleich zu schaffen, wie auch dafür, das an sich niedrige Lohn- und Lebensniveau weiter nach oben zu entwickeln. Das Resultat dieser Kampfmonate ist aber für die Arbeiterschaft sehr unbefriedigend. Es war nur möglich, einen unbilligen Ausgleich mit der Leierungswelle des vorer Frühjahrs-Lohnbewegung liegenden Halbjahres zu erreichen. Die Kampfergebnisse bewegten sich zwischen 50 bis 3,50 M. pro Woche. In Prozenten gegenüber den bisherigen Löhnen etwa 5 bis 7 1/2 %. Von einer, selbst für mäßigen, Verbesserung der allgemeinen sozialen Lage kann hierbei keine Rede sein.

Nun befindet sich die deutsche Konjunktur auf einer steigenden Welle. Eine neue Leierungswelle wird in Kürze auch den in lehrverflochtenen Kämpfen erzielten Leierungsausgleich wieder verschlungen haben und in Kürze dürfte die Arbeiterschaft lohnpolitisch wieder vorkommen, wo sie vor der großen Frühjahrslohnbewegung, etwa im Januar, gestanden hat.

Drei Ergebnisse sind bestimmend für die in Aussicht ehende neue Preisanstiegswelle. 1. Erhöhung der Eisenpreise; 2. Erhöhung der Kohlenpreise und 3. die in Aussicht stehende Erhöhung der Reichsbahnpreise. Die Erhöhungen dieser Grundpositionen der Wirtschaft brauchen nicht unbedingt auch eine Erhöhung der Detailpreise nach sich zu ziehen, aber nach den bisherigen Erfahrungen ist noch von jeder Erhöhung der Wirtschaftsgrundpositionen eine allgemeine Leierung ihren Ausgang genommen. So wird es auch jetzt kommen. Dafür sorgt die monopolisierte Wirtschaft. So hat die Kohlen- und Eisenpreiserhöhung die vorbereitenden Industrien „in die Erwägung“ eintreten lassen, ob von der verarbeitenden Industrie der Eisen- und Kohlenpreis ohne neue Preiserhöhung getragen werden kann. Von der Erwägung neuer Preise bis zu deren Verwirklichung ist bekanntlich nur ein kleiner Schritt. Die in Aussicht stehende Tarifierhöhung der Reichsbahn wird ihnen diesen kleinen Schritt erleichtern, der sich vielleicht zu einem „angemessenen“ Sprung auswachsen wird.

Die Folgen für die Gesamtwirtschaft und für die Arbeiterschaft sind mit ziemlicher Sicherheit voranzusehen. Die Konjunktur wird bald schneller abflauen und die Wirtschaft in nicht allzu ferner Zeit in der allgemeinen Krise stecken. Schon seit Monaten zeigt, wie alle Stellen, die sich mit Konjunkturbeobachtungen befassen, übereinstimmend bekunden, das Wirtschaftsbarmeter alle Tendenzen zu einem Niedergang der Konjunktur. Hauptsächlich der Baumarkt zeigt längst nicht die Belebung wie im Frühjahr 1927. Die Arbeitslosigkeit ist größer als im Vorjahre. Die Tendenzen zur Krise hätten können einigermaßen abgelenkt werden, wenn bei dem Frühjahrslohnkampf Erträge erzielt worden wären. Mit anderen Worten, wenn die Kaufkraft der großen Allgemeinheit gestiegen wäre. Eine Steigerung der Kaufkraft der großen Arbeitnehmerschichten hätte dann sicher ausgereicht, die Konjunktur so zu beheben, daß die Wirtschaft einen großen Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß hätte aufnehmen können, die ihrerseits durch Verdienst und erhöhter Kaufkraft zur weiteren Belebung der Konjunktur beigetragen hätten. Unter solchen Umständen hätte die Konjunktur weiter aufwärts getrieben werden können.

Über die privilegierte Wirtschaft in Deutschland denkt anders. Sie benützt ihre Wirtschaftsprivilegien und ihre monopolistische Stellung im Gesellschaftsganzen weiter dazu, ihre bisherige für die Allgemeinheit so verhängnisvolle Politik der hohen Preise und Nichtvollausnutzung der vorhandenen Betriebsmittel, fortzusetzen. Was gleichbedeutend ist mit Wirtschaftsniedergang und allgemeinem Massenelend.

In einem Artikel der „Vossischen Zeitung“ vom 28. Mai wendet sich Professor Dr. Carl Oppenheimer mit durchschlagenden Beweisen gegen den bekannnten Kreislauf, Löhne — Preise — Löhne, indem er schreibt: Es ist eine der bedenklichsten Erscheinungen der Nachkriegswirtschaft, daß unsere Industrie sich anscheinend nicht aus dem unglückseligen Zirkel befreien kann, wonach jeder Lohnerböhung mit automatischer Selbstverständlichkeit eine Preiserböhung zunächst der Rohprodukte, dann der Bedarfsartikel folgt.

**Kollegen!  
Väter und Mütter!**

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört.

**Eure Pflicht ist es auch, die erwerbstätigen Familienangehörigen, insbesondere auch die mit Heimarbeit beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.**

**Eure im Lehrverhältnis sich befindenden Söhne und Töchter gehören in die Jugend-Abteilung des zuständigen Verbandes.**

Damit ist dann der Sinn der zahlenmäßigen Lohnerböhung ausgelöscht, und nach einer mehr oder minder langen Respektfrist geht die Sache von neuem vor sich; die Schraube dreht sich wieder um eine Drehung weiter.“

Der Verfasser folgert dann weiter, daß die Arbeiter absolut nichts von der papiernen Lohnerböhung gehabt hätten: „Sie können nicht ein Stück Nuggut mehr aus dem Markte nehmen, und die andern Konsumenten weniger; das heißt der Umsatz wird kleiner; die Detailisten nehmen nicht nur für ihre Kundschaft weniger Ware ab, sondern auch ihre eigene Kaufkraft sinkt und verkleinert wieder den Markt. So ist dann das Ergebnis der Lohnerböhung kein anderes als Rückgang der Konjunktur. — Und wenn das so weiter geht, werden wir bald in die Aera der Lohnkämpfe mit umgekehrtem Vorzeichen, das heißt gewaltigen Abbaus mit dann rapide sinkenden Umsätzen und Krisen kommen.“ Im weitern erinnert Professor Oppenheimer daran, daß trotz produktionsstechnischer Fortschritte, trotz allen Rationalisierungen eine Verbilligung der Warenpreise auf sich warten läßt. Aber viel wichtiger sei der Umstand, daß für die technisch mögliche Produktion kein genügender Absatz vorhanden sei. Die schönen modernen Anlagen arbeiten nur mit halber Kraft. Der Artikelschreiber kommt dann zu nachfolgenden, außerordentlich beachtlichen Feststellungen:

„Und hier steckt auch der psychologische Wesenskern des ganzen bedrohlichen Zustandes. Die Industrie will es nicht lernen, daß der Arbeiter nicht nur kostender Lohnempfänger sondern auch Konsument ist. Die ganze deutsche Arbeiterschaft und der ganze Mittelstand (recht weit hinauf!) schränkt seinen Konsum aufs äußerste ein, weil der Reallohn zu niedrig ist, und weil wie eingangs vermerkt, jede Nominalerhöhung sofort unwirksam gemacht wird. Der Schuhfabrikant bemerkt zwar mit Sorge, daß heute in Deutschland noch nicht ein Paar Schuhe jährlich auf den Kopf der Bevölkerung entfallen (zirka 50 Millionen), aber es will ihm durchaus nicht als zwingende Logik in den Kopf, daß von andern Industrien schlecht bezahlte Arbeiter eben an Schuhen sparen; wenn der Eisendreher mehr verdiente, würde er sich gern Stiefel kaufen; und wenn der Schuharbeiter mehr ver-

diente, dieser eben alle andern Nuggüter. Jede Industrie hält ihre Arbeiter so knapp als irgend möglich und sieht nicht, daß ihre Arbeiter dann eben auch ihre eigenen Produkte nicht kaufen können — und daß alle andern Käufer auch an dieses Gesetz gebunden sind. Gastwirt und Arzt, Briefträger und Regierungsrat. Sehen wir den Fall, man könnte den rund 20 Millionen Erwerbstätigen mit kleinem Einkommen mit einem Schlage 10 M. monatlich mehr Reallohn geben (nur 5 S. die Stunde), so würden diese im Monat 200 Millionen mehr Nuggüter kaufen, 2 1/2 Milliarden im Jahr, etwa 10 % der Gesamtproduktion ohne Export. Was sie nicht sofort in Nuggütern anlegen, kommt als billiges Spargkapital ebenfalls der Wirtschaft zugute. Hohe Löhne sind also die beste Konjunktur.“ Zweifelloß ganz klarlegende Argumente, wobei man nur bedauern muß, daß maßgebende Kreise deren Richtigkeit immer wieder zu bestreiten versuchen. Professor Oppenheimer sieht einen großen Teil des Uebelstandes, das heißt der Verhinderung der Reallohnsteigerung in der immer deutlicher werdenden Kartellwirtschaft. Sie verhindern, daß die schlecht arbeitenden Werke verschwinden und deren Produktion von den besser arbeitenden Betrieben übernommen würden. Auch verweist der Verfasser auf den gebremsten Wohnungsbau. Vom Wohnungsbau hängt jede Industrie ab, nicht die am Bau selbst beteiligte. „Denn wenn junge Paare Wohnungen haben werden, so nehmen sie hunderte von Dingen aus dem Markt; das sind Selbstverständlichkeiten.“

Zum Schluß stößt der Artikelschreiber der „Vossischen Zeitung“ folgende Warnung aus: „Es ist nicht mehr lange möglich, die Dinge treiben zu lassen. Löhne — Preise — Löhne, wir rutschen bergab! Und die vielfach, und vielfach mit Recht, gerühmte Weisheit unserer Industrieführer und Bankherren sollten gerade hier nicht versagen.“

Wir bezweifeln, daß diejenigen Kreise, an die sich Professor Oppenheimer wendet, diesen Mahnruf beachten werden. Mit erstaunlicher Zähigkeit schreiten sie in allen Bahnen fort, ohne sich Gedanken darüber zu machen, daß ihre wirtschaftspolitischen Ansichten von der Wirklichkeit bereits lange überholt sind. Ja, Organe, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ bringen es sogar fertig, den Gewerkschaften, die sich für die oben gekennzeichneten wirtschaftlichen Notwendigkeiten mit aller Kraft eingesetzt haben, alle Schuld in die Schuhe zu schieben. In ihrer Nummer vom 29. Mai schreibt dieses Scharfmacherorgan: „Das Unheil, das die Gewerkschaften im heutigen Deutschland am Organismus der Wirtschaft unter Mißbrauch ihrer Kräfte anrichten, ist groß, denn der staatliche Lohnfestsetzungsapparat des Schlichtungswesens arbeitet bekanntlich auf einseitigem Druck und für die einseitigen Interessen der Gewerkschaft.“ In welchem Zusammenhang steht der Satz? Er steht in einer Besprechung des vorzüglichen Schriftchen unseres Genossen Fritz Larnow „Warum arm sein?“ In dieser Schrift hatte der Verfasser die Gedanken, die Professor Oppenheimer vertritt, mit eindringlicher Klarheit zum Ausdruck gebracht. Und weil sich auch die Gewerkschaften für diese einzig mögliche Wirtschaftspolitik einsetzen, deshalb werden sie bezichtigt, ein großes Unheil am Organismus der Wirtschaft angerichtet zu haben.

Wir stehen am Wendepunkt einer Konjunkturperiode. Die Wirtschaftslage würde reißend bergab gehen, wenn jene wirtschaftspolitischen Neigungen zur Laßsache würde, wie sie von großen Kreisen des Unternehmertums vertreten werden. Die Macht der privilegierten Wirtschaft kann aber nur gebrochen werden, wenn die Werkstätten den jetzigen wirklichen Wirtschaftsmächten ebenbürtige Wirtschaftsmächte entgegenstellen können. Dies bereiten die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten, die Gewerkschaften, vor. Je schneller die noch fernstehenden Millionen dies einsehen, je früher ist auf eine grundsätzliche Aenderung unserer gesamten, für die Arbeiter so verhängnisvollen Wirtschaftspolitik zu rechnen.

### Internationale soziale Bewegung.

#### Kampf gegen die sozialpolitische Reaktion.

Das gewerkschaftlich organisierte Proletariat ist nicht in der Lage, seine Kräfte voll in den Dienst der Aufbauarbeit zu stellen, der weiteren Ausgestaltung eines dem Geist der modernen Entwicklung entsprechenden sozialen Schutzes für die Arbeitskraft — immer wieder wird es durch ermüdende Abwehrkämpfe für die Sicherung bereits erreichter Errungenschaften aufgehalten. Die meisten gewerkschaftlichen Aktionen der letzten Zeit in den verschiedenen Ländern stehen im Zeichen des Abwehrkampfes.

Die Arbeitszeitfrage ist immer noch der wichtigste Schauplatz dieses Abwehrkampfes. Die englische Regierung besorgt hier die Geschäfte des internationalen Unternehmertums: zuerst durch Verweigerung der Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens, dann — in der Verwaltungsratifizierung des I.M. in Berlin — durch die Forderung einer Revision dieses Abkommens versuchte sie die andern Länder von einer Ratifizierung zurückzuhalten und Verwirrung zu stiften. Die Gewerkschaften kämpften für die Ratifizierung und stießen dabei auf die größten Schwierigkeiten — gelang es ihnen, in dem einen oder dem andern Land eine politische Konstellation zu schaffen, die der Ratifizierung günstig wäre, so soll den Gegnern des Abkommens die angeblich bevorstehende Revision einen willkommenen Vorwand für die Ablehnung der Ratifizierung liefern. Die Vertreter der englischen Regierung befürworteten zwar kürzlich gelegentlich der Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, daß sie keine Feinde des Achtstundentages seien (solche Tribute des Lasters an die Tugend kommen recht häufig vor), in Wirklichkeit aber sabotieren sie ihn. Dafür zeugt, daß der in der erwähnten Sitzung in Genf nicht wieder unterbreitete Vorschlag für die Revision gelegentlich der Internationalen Arbeitskonferenz von neuem eingebracht wurde. Die Revision der internationalen Vereinbarungen bildet an sich eine schwierige Streitfrage; sie darf grundsätzlich jeweils zehn Jahre nach deren Annahme erfolgen; die Arbeiterschaft muß aber einem Revisionsverfahren, das sozialpolitische Maßnahmen zu ihren Ungunsten und zum Schaden des sozialen Fortschritts verändern soll, Widerstand leisten.

In Genf werden auf der Arbeitskonferenz die Fragen der Mindestlöhne und der Unfallverhütung behandelt; letztere zunächst nur in der Form der sogenannten „ersten Erörterung“ über die Ausarbeitung eines Fragebogens. In bezug auf die Mindestlöhne wird die Konferenz voraussichtlich allein für den Schutz der Heimarbeiter eine gemeinsame Regelung vorschlagen und auch diese wahrscheinlich in unverbindlicher Form als Vorschlag und nicht als Entwurf einer Konvention. Ebenso wird der Bericht des Direktors Thomas Gelegenheit für eine sozialpolitische Aussprache bieten.

Zu der langen Reihe der für die Sicherung der gewerkschaftlichen Freiheiten erforderlich gewordenen Abwehraktionen trat in letzter Zeit noch der Kampf der österreichischen Gewerkschaften gegen die Schwerindustrie und deren mächtigsten Vertreter in Oesterreich, die Alpine Montangesellschaft, hinzu. Diese sind in eine scharfe Angriffsfront gegen die freien Gewerkschaften getreten: Freigewerkschaftler wurden nicht eingestellt oder sie wurden entlassen beziehungsweise benachteiligt — es wurde ein scharfer Druck auf die Arbeiter ausgeübt um sie zum Eintritt in die gelbe Organisation beziehungsweise faschistische Heimwehr zu veranlassen. Die freien Gewerkschaften organisieren den Abwehrkampf politisch und gewerkschaftlich: der sozialdemokratische Sieg bei den oberösterreichischen Gemeindevahlen trotz stärksten Unternehmerterrors, die Streiks in den Südkästen und Stahlwerken zwangen die Unternehmer zum Rückzug. Ein Vertrag kam zwischen dem Metallarbeiterverband und Bergarbeiterverband einerseits, dem Stahlwerkverband und der Alpine Montangesellschaft andererseits zustande, in dem sich die Unternehmer verpflichteten, von einer Benachteiligung der Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zu den freien Gewerkschaften Abstand zu nehmen. Mit welchen Hintergedanken die Unternehmer ihre Erklärung abgegeben haben, ist freilich eine Sache für sich. Sie sichern im übrigen auch den gelben Gewerkschaften die unbehinderte Betätigung beziehungsweise die Freiheiten auch der den gelben Organisationen angehörenden Gewerkschafts-

### Regelmäßige Büchertrollen

#### müssen in allen Filialen durchgeführt werden!

mitglieder. Allein der Aufbau und die Stärkung der durch die Zersplitterung geschwächten Gewerkschaften wird die Absichten der Unternehmer endgültig vereiteln können. Auch gegen die sozialpolitische Reaktion von Regierungseite haben die österreichischen Gewerkschaften anzukämpfen. Die Regierung versucht das Betriebsrätegesetz auf Verordnungswege zu verschlechtern, die Arbeit der Betriebsräte durch kleinliche Schikanen zu verhindern. Der Anschlag konnte einstweilen vereitelt werden.

In der Abwehrfront gegen die sozialpolitische Reaktion sehen wir den dänischen Gewerkschaftsbund, der sich auf seinem jüngst stattgefundenen Jahreskongress über eine schmächtige Klassenjustiz gegenüber den Gewerkschaften zu beklagen hatte, die schwedischen und australischen Gewerkschaften, die gegen die geplante gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsgerichte beziehungsweise Schlichtungsstellen protestieren, die tschechoslowakischen, die einen leidenschaftlichen Abwehrkampf gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung, den Raub der Selbstverwaltung führen.

In andern Ländern müssen die Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Lage durch allgemein wirtschaftliche Ursachen kämpfen. Das brennendste Problem ist das Schicksal der europäischen Bergarbeiter: die Weltkrise auf dem Kohlenmarkt führte in England wie in andern Ländern zu großer Arbeitslosigkeit der Bergleute, die durch die Rationalisierung nur noch verschärft wird. In England sind zum Beispiel mehr als eine Viertelmillion Bergarbeiter beschäftigungslos, hunderttausende unter ihnen bereits seit Jahren — sie sind mit ihren Familien der größten Not preisgegeben. Der in Nîmes (Südfrankreich) stattgefundenen Kongress der Bergarbeiter will die einzige mögliche Lösung in der internationalen Organisation der Produktion erblicken. Die englischen Textilarbeiter leiden unter der Krise der englischen Textilindustrie, die zum Teil in Absatzschwierigkeiten auf dem Weltmarkt, zum Teil aber in der schlechten Finanzierung der Industrie durch die Schuld der Unternehmer begründet ist. Ihre Löhne, die bereits infolge der dauernden organisierten Kurzarbeit sehr niedrig sind, sollten nach Wunsch der Unternehmer noch wesentlich verkürzt werden. Die bevorstehende Aussperrung wurde indessen vermieden, weil die hierzu nötige Mehrheit — 80 % der Unternehmerstimmen nach der Zahl der Spindeln — nicht erreicht wurde. Dennoch droht eine Aussperrung aus einem andern Grunde, wegen der Solidarität der Textilarbeiter mit einigen zu Unrecht entlassenen Kollegen. Diesen Streik als Abwehrkampf gegen Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverkürzung werden in Indien geführt: über eine halbe Million Arbeiter stehen in der Textilindustrie, bei den Hüttenwerken und den Eisenbahnen im Kampf. Die Wirtschaftskrise soll auf dem Rücken der bereits bis zum Verhungern ausgebeuteten Arbeiter saniert und die Rationalisierung der Betriebe durch die Verlängerung der Arbeitszeit durchgeführt werden. Die junge indische Gewerkschaftsbewegung, obwohl sie heillos gespalten ist, vermochte die Arbeiterschaft für den Abwehrkampf zu organisieren. Von der Zersplitterung der Organisationen haben freilich die Unternehmer den Vorteil. In Schweden wurde die große Aussperrung der Arbeiter in der Säge-, Papier- und Zelluloseindustrie noch vor Ostern beendet. Der Arbeitskonflikt endete mit einem Teilerfolg: allein die Spitzenlöhne wurden herabgesetzt, und zwar in einem geringeren Umfang, als von den Unternehmern gefordert wurde; die Mindestlöhne der am besten bezahlten Arbeiter blieben unverändert. Von den Lohnherabsetzungen werden von 50 000 Aussperrten 2000 bis 3000 betroffen, dafür wird der Lohn in der niedrigsten Lohngruppe erhöht. Der Streik im schwedischen Erzbergbau dauert noch an, seine baldige Beendigung soll angeblich bevorstehen. Es soll hier die recht erfreuliche Folge der Aussperrung der Friseurgehilfen in Kopenhagen und andern dänischen Städten, die die beabsichtigte Lohnherabsetzung ablehnten, erwähnt werden: die Aussperrung führte zur Errichtung eigener Läden der Friseurgehilfen auf genossenschaftlicher Grundlage, als ein

modernes, zentral geleitetes Unternehmen, das seine Lebensfähigkeit schon in kurzer Zeit beweisen konnte.

Der Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes in den verschiedenen Ländern kann auf eine Besserung des Beschäftigungsgrades in England und in Frankreich hinweisen. Die Stabilisierungskrisen mit starker Arbeitslosigkeit in Italien, Norwegen und Dänemark dauern an, auch die beträchtliche Arbeitslosigkeit in Jugoslawien und Bulgarien ist zum Teil die Folge der Stabilisierung. Doch herrscht in einer Anzahl von Ländern große Arbeitslosigkeit aus andern Gründen: in Oesterreich wie in Ungarn, wo es als eine Dauererscheinung mit kurzen Unterbrechungen anzusehen ist, in Rußland, vornehmlich als Folge der raschen Bevölkerungszunahme, in den Vereinigten Staaten, infolge der freisichenden Wirkung der technischen Rationalisierung. Das Abflauen der deutschen Konjunktur beeinflusst auch die Arbeitsmärkte der Nachbarländer, insbesondere der Tschechoslowakei, wo die Beschäftigung vornehmlich in der Textilindustrie zurückging.

Aus der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationsstellen sollen die Versammlungen der Gewerkschaftszentralen in Schweden und Dänemark, auf denen vorwiegend organisatorische Fragen behandelt wurden, erwähnt werden. Auf dem Kongress der Gewerkschaften Lettlands wurden scharfe Resolutionen gegen die politische und kulturelle Reaktion wie für dringende sozialpolitische Gesetze angenommen. Ähnlich wie für die skandinavischen wurde kürzlich im Anschluß an den lettischen Gewerkschaftskongress auch für die baltischen Länder ein Gewerkschaftskomitee gegründet. Die Präsidentenkonferenz im Internationalen Gewerkschaftsbund konnte durch den Beschluß des Generalkongresses der britischen Gewerkschaften, seinen Generalsekretär Citrine an Stelle von Purcell in den Vorstand des I.G.B. zu entsenden, zu einer befriedigenden Lösung gelangen.

### Das Ventilationslokal.

Das gewerkschaftliche Leben ist unmöglich ohne regelmäßige Versammlungen, aber für diese Gewerkschaftsversammlungen stehen in der Regel nur private Gasträume zur Verfügung, die bei den Leuten nur zu bescheidenen Ansprüchen so großer Massen des Volkes oft große Mängel aufweisen. Wer agitatorisch die Leute bereist, der weiß, daß diese Gasträume der organisierten Arbeiter wohl in der Mehrzahl der Fälle eine nur zu traurige Wirklichkeit aufweisen. Oft wirken sie geradezu abstoßend, und bei dem Fehlen einer Ventilation sind die Räume oft von einem Tabakqualm erfüllt, der unerträglich ist. Daß bei solchen Umständen die Frauen wenig Neigung haben, an gewerkschaftlichen Versammlungen teilzunehmen, ist begreiflich.

In der Arbeitsgemeinschaft für Brennstoffersparnis in Berlin wies Prof. Dr. Hahn vom Hygienischen Institut der Universität Berlin unter anderem darauf hin, welche schlechte und verdorbene Luft die Gastwirte dem Publikum zu bieten wagen, und es sei erstaunlich, wie sich das Publikum das gefallen lasse. Prof. Hahn kennt gewiß die Ventilationslokal der Arbeiter nicht, sonst hätte er sie noch besonders erwähnt; denn sie unterscheiden sich auch in dieser Beziehung leider sehr von den Lokalen des Bürgerturns. Solch eine mangelhafte Hygiene würde sich der Bürger doch nicht bieten lassen.

Dabei ist die billigste Ventilation, das Fenster, die Tür, vorhanden, und ein Ventilator kostet schließlich auch nicht alle Welt. Wer Gäste haben will, soll sie auch als Gäste behandeln.

Ebenso läßt sich auch sonst etwas Kultur schaffen. Ein farbenfreudiger Anstrich, und der ganze Eindruck des Lokals ist anders. Und nur einige Groschen dazu, und auch die Lampen strahlen nicht mehr so entsetzlich unverhüllt frech und aufdringlich und ungemütlich.

Es handelt sich hierbei nicht nur um einen menschenwürdigen Raum für die Zeit der Versammlung, sondern zugleich um ein Mittel, das erzieherisch wirken kann. Wer einmal das Annehmliche eines schlichten, aber schönen und hygienischen Raumes kennenlernte, der wird auch in seinen Bedürfnissen wachsen. Hier können unsere Kollegen eine Erziehungsarbeit leisten, die von praktischer Kulturbedeutung ist. Der Raum, in dem geknechtete Menschen über ihre Freiheit raten, soll auch dieses großen menschlichen Gedankens würdig sein.

### Erstes Deutsches Arbeiter-Sängerbundesfest in Hannover vom 16. bis 18. Juni 1928.

Die ersten Anfänge der deutschen Arbeiter-Sängerbewegung lassen sich bis in den Beginn der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück verfolgen. Gleich der bürgerlichen Sängerbewegung (die Berliner Singakademie, 1791 gegründet, ging aus dem Salon der freisinnigen Frau Professor Witas hervor; 1808 tief Friedrich Zelter, der ehemalige Mannergeselle und spätere Freund Goethes, die Berliner Liedertafel ins Leben) bildigten auch die Arbeiter-Sänger anfanglich ausschließlich dem Männergesang. In ihren Reihen finden wir 1861 August Bebel als Mitglied der Gesangsabteilung des „Gewerblichen Bildungsvereins“, den späteren „Arbeiterbildungsverein“, für den sich Bebel tatkräftig einsetzte; er bewirkt, daß ein Flügel für 190 Taler angeschafft wird und die Leipziger Stadtverordneten die Subvention des Vereins von 100 auf 500 Taler jährlich erhöhen. In Frankfurt leben wir 1864 Ferdinand Cajalle bei der Gründung eines Arbeitergesangsvereins „Sängerbund“ beteiligt. Cajalle verdankt die das Zustandekommen des ersten Bundesliedes: „Brot und Arbeit“, von Herwegh gedichtet, von seinem Vorgänger als Hans von Bülow, einem nahen Freunde Lassalles, verfasst.

Mit dem Erstarken der Arbeiter-Sängerbewegung, die sich trotz Verbot und Verfolgung während des Sozialistengesetzes ungebrochen weiterentwickeln konnte, hält allgemach auch die Frau ihren Einzug in die Chöre der Arbeiter-Sänger. Zunächst in der Männerzahl — 1894 umfaßt die zwei Jahre früher gegründete „Liedertafelgemeinschaft“ 513 Männer- und 27 gemischte Chöre — sehen wir ihre Beteiligungsziffer von Jahr zu Jahr steigen. Nach Beendigung des Krieges gewinnt die Frau absolute Gleichberechtigung neben dem Arbeiter-Sänger in unserer Volksschöre. Es ist ein Irrtum, zu behaupten,

erst nach dem Kriege hätte die Frau ihren Einzug in die Chöre des „Deutschen Arbeiter-Sängerbundes“ (in der heute bestehenden Form im Mai 1907 in Berlin gegründet) gehalten: bereits der zweite Bundeschor, im Eigenverlag der „Liedergemeinschaft“ erschienen, ist ein gemischter Chor! In diesem Einbeziehen der Frau in den Wirkungsbereich der Arbeiterchöre unterscheidet sich der Arbeiter-Sängerbund wesentlich und grundsätzlich vom Deutschen Sängerbund, der ungeachtet seines längeren Bestehens, diese Umstellung noch nicht vorzunehmen vermochte.

Da der innere Aufbau des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes ein durchaus anderer ist, als der des Deutschen Sängerbundes, sollte es uns nicht wundernehmen, wenn das erste Fest der Arbeiter-Sänger einen andern Charakter annehmen wird, als ihn das Fest der deutschen Sänger in Hannover trug. Dem Nur-Männergesang sehen wir die Oratorien-Aufführungen und A-cappella-Konzerte unserer Volksschöre, Jugend- und Kinderchöre entgegen. Neben diesen konzertlichen Darbietungen werden wir naturgemäß auch den Männerchören gebührenden Anteil an den Konzerten des 1. Deutschen Arbeiter-Sängerbundesfestes einräumen. Eingevordnet in all unsere Veranstaltungen bilden sie so einen organischen Bestandteil der gesamten Darbietungen. Nicht dem geschlossenen Umzug sämtlicher Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit Fahnen und Standarten und Ehrenwagen durch die Stadt gelten die Vorbereitungen zu unserm Fest. Wir wollen die uns in diesen drei Tagen zur Verfügung stehende Zeit kulturell nützen. Einzig das Massenfest im Stadion zu Hannover wird alle Festteilnehmer vereinen, die im gemischten, Frauen- und Männerchor ihre Lieder anstimmen werden. Die übrige Zeit aber gehört unserer Teilnahme an den Konzerten.

Die große Zahl der Veranstaltungen wird eröffnet mit dem Begrüßungskonzert unserer Han-

noverschen Sänger, das Sonnabend, 16. Juni, in der Stadthalle stattfinden wird. Unter Mitwirkung des Opernhaus-Orchesters Hannover kommen in der Stadthalle zur Aufführung: Schuberts „Mirjams Siegesgesang“, Brahms' „Schicksalslied“ und „Alt-Abendlied“, „Entenlied“ von Frieß und „An das Vaterland“ von Hugo Wolf. In der großen Ausstellungshallen wird von andern Gruppen der über 4000 Stimmen zählenden Arbeiter-Sängerschaft Hannovers ein A-cappella-Begrüßungskonzert dargeboten. Sodann sind 8 große Chor-Orchesterkonzerte zu nennen. Westfalen-Off und Harzgau singen „Bach-Kantaten“, die Volkssingakademie Mannheim Beethovens „Missa solennis“, die Gaugruppe Berlin Berlin, „Fauffs Verdammnis“, Chöre des Bezirks Dresden geben gemeinsam ein „Brahms-Konzert“ (Alt-Abendlied, Schicksalslied, Nanie und Frauenchöre), Bergischland (Rheinprovinz) wird „Judas Macca baus“ von Haendel singen und Thüringen „Salmo“ von Haendel, Frankfurter Chöre bieten Haydns „Jahreszeiten“ und Westfalen-West das Verdische „Requiem“, während die Gaugruppe Hamburg zwei sozialistische Kantaten, „Arbeits-aufseherung“ des holländischen Komponisten Olmann im gemischten und Knöchels „Eiserne Welt“, im Männerchor singen wird.

Zur Mitwirkung an diesen 10 Orchesterkonzerten wurden verpflichtet: das Berliner Philharmonische Orchester, Hannover und über 20 erste Solisten. In diesen Konzerten werden die Arbeiter-Sängerinnen und -sänger zeigen, daß es ihnen ernst ist mit der Pflege der großen und besten Musik, die sie aufführen, um ihren Arbeitsbrüdern und -schwestern eine Freude zu bereiten, aus eigener Kraft sich die Werke unserer Meister zu erschließen. Zu diesen 10 Konzerten gesellen sich weitere 25 Saalkonzerte ohne Orchester. In ihnen werden neben den gemischten Chören

**Berufsunfälle**

**Hamburg.** Am 24. Mai stürzten die Maler Erwin Mohr und Paul Böhm bei der Arbeit ab. M., der Mitglied unseres Verbandes ist, wurde in ein Krankenhaus gebracht, während B. mit leichteren Verletzungen davon kam.

**Kiel.** In der Dacherei von G. B. Scholz & Sohn, Stiftstraße, verunglückte am 19. Mai der 17jährige Lehrling Walter J amow. Beim Verschieben zweier Milchwagen kam der junge Kollege mit der rechten Hand zwischen beide Wagen und erlitt einen Handgelenkbruch.

**Dortmund.** Am 14. Mai, vormittags, waren mehrere Gehilfen der Firma Limpke mit der Renovierung einer Restaurationsküche beschäftigt. Hierbei stürzte unser langjähriges Mitglied, der Kollege Joh. Steich, vom Gerüstbrett, schlug mit dem Kopf auf die Kante einer Urnichte, und zwar derart unglücklich, daß der Tod alsbald eintrat. — Bedauerlicherweise kümmerte man sich nicht darum, was mit dem Toten geschah, zumal doch dem Herrn Limpke nicht unbekannt geblieben sein wird, daß Steich Jungeselle war. Weder der Krankenkasse noch unserem Bureau wurde der Todesfall gemeldet. Auch die Mitkollegen des Steich haben es nicht für notwendig gehalten, jemanden Mitteilung zu machen; sicher war es ihnen doch bekannt, daß Steich organisiert war. Erst kurz vor der Beerdigung erhielt unser Verband nähere Mitteilung durch Malermeister Riesop. Wo bleibt hier das Kollegialitätsgefühl?

**Baugewerbliches**

**Die Vereinheitlichung der Unfallverhütungsvorschriften im Baugewerbe.**

Ueber den vom Verband der deutschen Baugewerksberufsgenossenschaften ausgearbeiteten Entwurf zur Vereinheitlichung der Unfallverhütungsvorschriften für den Hochbau sowie über den von den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden hierzu aufgestellten Gegenentwurf sind wiederholt Beratungen zwischen den Vertretern der Berufsgenossenschaft und den Gewerkschaften gepflogen worden. Die Verhandlungen, an denen auch Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsversicherungsamtes teilgenommen haben, sind jetzt zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Beide Entwürfe enthielten je 275 Paragraphen. Ueber den Wortlaut der neuen einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften ist zwischen den Parteien, abgesehen von etwa 15 Paragraphen, eine Verständigung erreicht worden. Jedoch war bisher eine Einigung nicht zu erzielen über die Aufnahme von Bestimmungen zur Aufstellung von Ständergerüsten an den Außenseiten mehrstöckiger Bauten (Leber-die-Hand-Mauern) sowie zur Anbringung von Dachhaken und Schneefängen. Strittig sind unter anderem auch noch einige Paragraphen der neu hinzugekommenen Krankheitsverhütungsvorschriften. Diese regeln die Schutzmaßnahmen bei der Verarbeitung von bleibenden Farben.

Die bestehenden Differenzpunkte sind jetzt von beiden Seiten dem Reichsversicherungsamt mitgeteilt worden. Das Reichsversicherungsamt wird voraussichtlich im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsministerium versuchen, die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken und, falls dies nicht gelingt, über den Wortlaut der strittigen Bestimmungen eine Entscheidung treffen. Inzwischen wird eine von den Berufsgenossenschaften und Gewerkschaften eingesetzte Redaktionskommission die Fassung der übrigen Paragraphen einer nochmaligen Prüfung unterziehen. Sobald die Arbeiten dieser Kommission beendet sind und das Reichsversicherungsamt zu den Differenzpunkten Stellung genommen hat, werden die zwölf Baugewerksberufsgenossenschaften gesondert über die Entwurfsbestimmungen Beschluß zu fassen haben.

Zu diesen voraussichtlich im Herbst dieses Jahres beginnenden Beratungen sind entsprechend dem § 853 der RVO die Vertreter der Versicherten mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Vorstandsmitglieder hinzuzuziehen. Die Neuwahl der Vertreter der Versicherten

auch die Männerchöre des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes zur Geltung kommen. Bayern und Württemberg werden gemeinsam einen Süddeutschen Volksliederabend ausfüllen; der Berliner Volkschor bringt einen Internationalen Volksliederabend, an dem als Solist Sven Scholander mitwirken wird; eine Chorgruppe des Gaues Hannover (Celle) gibt einen Loe-Abend, Harzgau und der Pfalzgau werden ihre Programme dem Andenken von Franz Schubert widmen, dessen 100. Todestag in diesem Jahre begangen werden kann. Gau Rheinland widmet einen Abend dem Lied der „Arbeit, Kampf und Freiheit“, die Michaelschen Chöre, Leipzig, setzen sich für Erwin Lendvai ein. Frankfurter Chöre musizieren unter dem Motto „Der Männerchor der Gegenwart“, der Arbeiter-Sängerkor mit Frauenchor Eisenach (Gau Thüringen) und Volkschor Köln wollen ein musikhistorisches Konzert geben, der Dresdner Volksmännerchor einen Kampfliederabend, Jugendchor Eisenach und Lendvai-Quartett, Leipzig, Dessauer Kinderchor und Kinderchor Hannover und der Junge Chor, Berlin, kommen als Repräsentanten der Jugend, deren Musizieren im Deutschen Arbeiter-Sängerbund im ausgiebigsten Maße Beachtung und Pflege findet. Von ausländischen Vereinen meldeten sich zu eigenem Konzert der Singverein der Sozialdemokratischen Kunststelle Wien.

Neben den Massenchören, die im Stadion am Sonntag, 17. Juni, mittags gesungen werden, wollen die Sachfen am Montagmorgen ein zweites Stadionkonzert gemeinsam zur Ausführung bringen. Am 15. verschiedenen Plätzen werden die einzelnen Gauen am Sonntag vor dem Weggang aus ihren Quartieren Freikonzerkte geben.

Man rechnet, daß zu diesem Konzert 50 bis 60 000 singende Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes kommen werden.

**In unsere Mitglieder!**

Der heutigen Gesamtauflage des „Maler“ liegt ein Prospekt vom „Verbedienst des Lack- und Farbenfaches“ bei, der in die weitesten Kreise privater und behördlicher Auftraggeber für Maler- und Anstricharbeiten zur Verteilung gelangen soll. Da unsere Filialverwaltungen schon früher vom Vorstandsvorstand unterrichtet wurden, in geeigneter Weise, auch nach Rücksprache mit den Arbeitgebern, für die Verbreitung dieses Sachwerterhaltungs-Materials Vorkehrung zu treffen, ist zu erwarten, daß mit dieser gemeinsam durchgeführten Reklame für rechtzeitigen Farbenanstrich schon aus volkswirtschaftlichen und hygienischen Gründen der Erfolg nicht ausbleibt.

Ganz besonders handelt es sich hier für uns um praktische Erwerbslosenfürsorge, um eine Maßnahme, die auch unser bisheriges Wirken zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit (in den Wintermonaten) mit dem Ziele der Zurückdrängung des Saisoncharakters unseres Gewerbes wirksam unterstützen kann. Sorgt also dafür, Kollegen, daß die Prospekte an die Kundschaft, an alle Auftraggeber abgegeben werden!

bei den Berufsgenossenschaften steht dicht bevor. Es ist anzunehmen, daß eine der ersten Amtshandlungen der Versicherungsvertreter bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften die Stellungnahme zu den neuen einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften sein wird. Auch den obersten Verwaltungsbehörden (Länderregierungen) ist auf Grund des § 865 der RVO. Gelegenheit zu geben, sich zu dem Entwurf zu äußern. Erst nachdem die Entwurfsbestimmungen diese Instanzen sämtlich passiert haben, erfolgt die endgültige Genehmigung durch das Reichsversicherungsamt. Die neuen Unfallverhütungsvorschriften werden daher kaum vor dem 1. Oktober 1929 in Kraft treten. Mit der Verabschiedung der einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften ist der erste Teil des von den Gewerkschaften seit langem geforderten Reichsbauarbeiterschutzes abgeschlossen. Als zweiter Teil folgt alsdann die Ausarbeitung und Beratung der behördlichen Mantelverordnung über Bauarbeiterchutz. In dieser Verordnung sollen vor allem Bestimmungen Aufnahme finden über Unterkunftsräume, Aborte, Dichtung der Winterbauten, Bautenkontrolle und Strafen. Diese Bestimmungen sind gegenwärtig größtenteils in bezirklichen und örtlichen Polizeiverordnungen verstreut enthalten. Eine straffe Zusammenfassung und Vereinheitlichung dieser Bestimmungen ist ebenfalls eine dringende Notwendigkeit.

**Gewerbliches**

Die Erhebung über die Werkspensionskassen. In dem vom Reichstag vor seiner Auflösung angenommenen Notprogramm erfolgte bekanntlich eine Zuweisung von 3 Millionen Mark an die in unverschuldete Not geratenen Werkspensionäre.

Da die Zahl der Rentenberechtigten der Werkspensionskassen, die zum großen Teil Opfer der Inflation geworden sind, mindestens 60—70 000 beträgt, die fast ohne Ausnahme bedürftig sind, entfällt auf den einzelnen ein Betrag von etwa 50 M. Von einer wirksamen Hilfe für die um ihre Pension gekommenen Arbeiter kann demnach keine Rede sein. In dem jüngst erschienenen Geschäftsbericht des Deutschen Werkmeister-Verbandes für 1928/27, der eine wertvolle Darstellung der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik enthält, werden die Ergebnisse der Erhebung des Reichswirtschaftsministeriums, die bisher nicht im Druck erschienen sind, mitgeteilt. Von der Erhebung war nur ein Teil der Kassen erfasst, insgesamt 223 Kassen mit 282 077 Mitgliedern und 53 297 Rentenberechtigten. Unter diesen befinden sich 91 Kassen, die ihr Vermögen auf Reichsmark umgestellt haben mit 167 626 Mitgliedern und 27 366 Rentenberechtigten. Von diesen erhalten nur 16 721 eine hundertprozentige Pension, 8687 zwischen 50 und 100%, und die übrigen noch erheblich weniger, zwischen 15 und 50%. Diese Pensionen werden jedoch teilweise freiwillig mit dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gezahlt. Weiterhin wurden von Erhebung erfasst 81 Kassen mit 79 857 Mitgliedern und 22 647 Rentenberechtigten, die zwar nicht aufgelöst sind, sondern ihre Tätigkeit eingestellt haben, dem amtlichen Ausdrück zufolge „ruhen“. Der jahungsgemäße Anspruch der Pensionäre, Witwen und Waisen an die ruhenden Kassen beläuft sich auf 19 667 786 Goldmark. Freiwillig gezahlt werden nach der Erhebung 10 822 028 M. Ferner wurden noch 51 mit behördlicher Genehmigung aufgelöste Kassen in die Erhebung einbezogen. Sofern nach der Inflationszeit neue Versicherungsanstalten geschaffen wurden, wurde der Erhebung zufolge „fast überall die Fürsorge für die Pensionäre der aufgelösten Kassen von den Unternehmern übernommen, obwohl die neue Einrichtung die Verbindlichkeiten der alten Kassen nicht übernahm“. Die Statistik zeigt aber, daß von den 51 aufgelösten Kassen mit 3264 Rentenberechtigten nur 11 Kassen mit 676 Pensionären volle Aufwertung gewähren, 17 Kassen mit 1533 Pensionären eine Quote von 50 bis 100%, während die andern entweder nur viel geringere Pensionen erhalten oder aber überhaupt leer ausgehen. Aus der Erhebung ergibt sich unzweifelhaft, daß die Lage der Werkspensionäre, die zu den bedauernswertesten Opfern der Inflationszeit gehören, außerordentlich ungünstig geblieben ist und deren Los durch Wenderung der Aufwertungsgesetze gebessert werden muß. Bekanntlich verlangten die Gewerkschaften eine Aufwertung der Ansprüche der alten Werkspensionäre auf 100% in allen Fällen, wo das Unternehmen infolge ist, solche Renten zu zahlen. Der neue Reichstag muß über diese Forderung entscheiden.

Der Haushalt des österreichischen Arbeiters. Eine vergleichende Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben der österreichischen Arbeiter in der Vorkriegszeit und vom Jahre 1925 — durchgeführt von Josef Jellinek im „Wirtschaftsblättchen“ (Heft 16) auf Grund von Erhebungen der Wiener Arbeiter- und Angestelltenkammer für das Jahr 1925 und des Arbeitsstatistischen Amtes für die Jahre 1912/14 — zeigt, daß das Arbeitsseinkommen der österreichischen Arbeiter- und Angestelltenfamilien sich seit dem Kriege stark vermindert hat. Der Arbeitsverdienst einer Familie betrug 1912/14 3318 Schilling, die Gesamtsumme der Einnahmen der Familie 3881 Schilling, 1925 dagegen nur 2944 beziehungsweise 3791 Schilling, wobei in der Nachkriegszeit die Arbeitslosenunterstützung eine wesentliche Rolle in den Einnahmen der Familie spielt. Auf die Konsum-einheit entfielen vor dem Krieg Einnahmen in der Höhe von 1406 Schilling, 1925 1363 Schilling. Was die Verteilung der Einnahmen auf die verschiedenen Ausgabenposten anbelangt, so fällt der Rückgang des Mietaufwandes, der vor dem Krieg 13% der Einnahmen des Arbeiters verschlungen hat, auf 3% am meisten ins Gewicht. Man könnte meinen, daß die durch die niedrigeren Mieten freigewordenen Einnahmen für die Vergrößerung der sogenannten „Kultur Ausgaben“ verwendet wurden, was einen charakteristischen Zug in der Entwicklung der meisten Industriestaaten darstellt. Dies ist aber nicht der Fall. Die Verteuerung der Lebensmittel, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung hat die durch die niedrigeren Mieten freigewordenen Summen gänzlich verschlungen; die Ausgaben für diese Zwecke waren trotz des geringen Jahreseinkommens erheblich größer als vor dem Krieg. Demgegenüber gingen die Ausgaben für geistige Zwecke, Gesellschaft und Sport zurück von 173,5 auf 157,5 Schilling pro Familie, die Ausgaben für Genussmittel (Tabak, Alkohol usw.) von 231,7 auf 81,8, die Ersparnisse von 88,4 auf 6,4 Schilling. In diesen Ziffern würde sich eine erhebliche Verschlechterung der Lebenslage des österreichischen Arbeiters wieder spiegeln. Allein die erweiterte Sozialversicherung, die verbesserte öffentliche Fürsorge, die gewerkschaftliche Förderung der kulturellen und gesundheitlichen Bestrebungen der Arbeiter und die freiwillige Beschränkung der Kinderzahl vermochten die Verschlechterung der Lebenshaltung einigermaßen weizumachen.

**Genossenschaftliches**

**25 Jahre Konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsführung.**

In den Tagen vom 11. bis 13. Juni findet in Dresden der Jubiläumsgenossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt, wo diese stärkste Zentralorganisation der deutschen Konsumgenossenschaften im Jahre 1903 gegründet wurde. Es ist interessant, die Entwicklung der genossenschaftlichen Wirtschaftsführung und ihrer Erfolge von jenem Zeitraum bis zum Jahre 1928 (beziehungsweise 31. Dezember 1927) zu verfolgen, wobei natürlich zu berücksichtigen ist, daß ein volles Jahrzehnt der Entwicklung (1914 bis 1923) durch Krieg und Inflation unfruchtbar geblieben ist, ja, sogar die Bewegung mit der gesamtdeutschen Wirtschaft Ende 1923 vor das Nichts stellte, so daß erst von 1924 ab eine neue Wirtschafts- und Entwicklungsperiode datiert. Aber immerhin. Die Gegenüberstellung des Gründungsjahres mit dem letzten Geschäftsjahr 1927 zeigt eine überraschende Lebens- und Entwicklungskraft der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft.

Die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumgenossenschaften betrug im Jubiläumsschlussjahr 1927: 1086 mit 2 909 969 Mitgliederfamilien (1903: 806 und 573 085 Mitglieder), der Warenumsatz 1927: 881 109 422 M (1903: 131 786 107 M) und der Durchschnitt pro Familie 1927: 302 M 1903: 230 M). Der Umsatz ist also wesentlich stärker gestiegen als die Mitgliederzahl. Von ganz besonderem Interesse ist die Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion. Sie betrug im Jahre 1927: 241,2 Millionen Mark (1903: 12,71 Millionen Mark). Die zwanzigfache Steigerung der Warenerzeugung in eigenen Betrieben zeigt mehr als alles andere die starke volkswirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften, und man kann sich ungefähr vorstellen, was auf diesem Gebiete an Leistung herausgekommen wäre, wenn man nicht im Jahre 1914 bis 1923 als Passivum zu buchen hätte. Aber man kann sich auch vorstellen, was in weiteren 25 Jahren ungestörter Entwicklung die Konsumgenossenschaften in der Volkswirtschaft auf dem Gebiete der Nahrungsmittelerzeugung leisten werden.

Das eigene Betriebskapital der Mitglieder, mit dem der gewaltig gestiegene Warenumsatz um bewilligt werden mußte, betrug im Jahre 1927 39,44 Millionen Mark (1903 11,84 Millionen Mark). Man sieht, daß die eigenen Betriebsmittel um das Dreieinhalbfache gestiegen sind gegenüber einem Anziehen der Umsätze um das 63,4fache. Wobei noch zu beachten ist, daß in den 39,44 Millionen Mark Betriebsmitteln rund 12 Millionen Mark Aufwertungsbeträge stecken, mit denen die Genossenschaften durch die Inflation belastet worden sind.

Der Reinertrag mit Rabattguthaben, also der direkte Wirtschaftsnutzen für die Mitglieder, betrug im Jahre 1927 40,55 Millionen Mark (1903 14,55 Millionen Mark). Daraus ergibt sich eine Verzinsung der Betriebsmittel um über hundert Prozent, die allerdings im Jahre 1903 noch wesentlich höher war. Außerdem liegt es ja in der Hand der Mitglieder, durch die Steigerung ihrer Warenumsätze diesen Wirtschaftsnutzen wesentlich zu erhöhen. Es ist für die 25 Geschäftsjahre auf mindestens 1 Milliarde Mark zu berechnen, aber was durch das Bestehen der Konsumgenossenschaften infolge der Regulierung der Warenpreise den Verbrauchern erspart wurde, ist mit dem zehnfachen Betrag nicht zu hoch gegriffen.

Den Verbrauchermillionen des deutschen Volkes kann im Jubiläumsjahr des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nur empfohlen werden, diese wirtschaftliche Selbsthilfeorganisation weiter auszubauen. Denn sie bildet neben allen andern eine wichtige Waffe im Kampf mit Industrie- und Handelskartellen, die ihre Profite auf Kosten der Verbraucher einheimen.

Sozialpolitisches

Die öffentliche Hand als Wirtschaftsmacht. Die politischen Kämpfe der Gegenwart haben nicht zuletzt deshalb eine so nachhaltige Wirkung, weil es sich hier nicht allein um parlamentarische oder rein politische Angelegenheiten, sondern um wirtschaftliche Dinge von gewaltigem Einfluß handelt.

Die Tatsache ist nicht wegzudiskutieren, daß die öffentliche Hand heute gewaltige wirtschaftliche Funktionen ausübt, daß sie aufs engste mit der gesamten Wirtschaft verflochten ist, und daß es sofort peinlich in der Privatwirtschaft spürbar wird, wenn der Fiskus auch nur einen Finger krümmt.

Der Reichswirtschaftsrat hat jetzt nach eingehenden Untersuchungen eine wertvolle Vorarbeit nach der Richtung hin geleistet, die Wirtschaftsstellen des Reiches, der Länder und Kommunen, der Eisenbahn, Post usw. planmäßig zu einem gewissen Ganzen zu verbinden.

Die Ursachen der beginnenden Krise. Das Landesarbeitsamt für die Rheinprovinz weist in einem der letzten Wochenberichte auf die Ursachen der beginnenden Krise mit folgenden Worten hin: „Es wird jetzt nicht mehr bestritten, daß die Konjunktarkurve die Neigung zeigt, sich zu senken.“

Aus den Arbeitsgerichten

Unzulässigkeit der Zuweisung schlechter bezahlter Arbeit an ein Betriebsratsmitglied. Der Vorsitzende eines Betriebsrates war wegen der Arbeiten, die er als Betriebsratsvorsitzender zu erledigen hatte, mit seiner Genehmigung einer anderen Gruppe seines Betriebes zugeteilt worden.

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

den die übrigen Arbeiter der Abteilung empfangen. Der Betriebsratsvorsitzende klagte auf Nachzahlung der Differenz und drang mit seinem Anspruch durch. Das Landesarbeitsgericht Gleichw. stützte ihn in seiner Entscheidung auf den § 95 des Betriebsrätegesetzes, wonach den Arbeitgebern untersagt ist, ihre Arbeitnehmer bei Ausübung der Betriebsvertretung zu benachteiligen.

Verchiedenes

Die Einschränkung der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten. Die Zahl der Einwanderer (nach Abzug der Rückwanderer) nach den Vereinigten Staaten betrug 1927 261 809 gegenüber 227 496 im Jahre 1926.

Table with 3 columns: Country, Gegenwärtig, In Zukunft. Includes England, Schottland, Wales und Nordirland, Irischer Freistaat, Deutschland, Skandinavien, Frankreich, Holland, Ost- und SüdEuropa, Uebrigtes Europa.

Die englische Quote wird demnach außerordentlich erhöht, obwohl England seine Quote in den letzten drei Jahren bei weitem nicht erschöpft hat. Irland und Deutschland, deren Quoten erheblich herabgesetzt werden, haben bisher ihre höheren Quoten zu 97,2 beziehungsweise 98,7% in Anspruch genommen.

Fachtechnisches

Das Preisgericht für den Ideenwettbewerb der Zwangsinnung für das Maler-, Weißbinder- und Lackierer-Handwerk nebst verwandten Berufen zu Frankfurt a. M. zur Erhängung eines charakteristischen, das Malerhandwerk kennzeichnenden Siegels sprach in seiner Sitzung am Freitag, 18. Mai 1928, nachstehenden Entwürfen die ausgeschriebenen Preise zu.

ammen zu legen, da die Arbeiten als gleichwertig befunden wurden. 1. Preis: Kennwort „singulae“, Verf. Karl Wilhelm Kunstmaier, Hier, Bergerstr. 152. 1. Preis: Kennwort „Rehord“, Verf. Christian Eichel, Malermeister, Hier, Kolcherstr. 4. 3. Preis: Kennwort „Drei Punkte“, Verf. Andreas Haber, Kunstmaier und Architekt, Hier, Fischenheim. 4. Preis: Kennwort „Unter dem Frankfurter Adler“, Verf. Karl Wilhelm Kunstmaier, Hier, Bergerstr. 152. 4. Preis: Kennwort „Adler und Schild“, Verf. Andreas Haber, Kunstmaier und Architekt, Hier, Fischenheim. 4. Preis: Kennwort „Oval“, Verf. Andreas Haber, Kunstmaier und Architekt, Hier, Fischenheim. 4. Preis: Kennwort „Adler 1“, Verf. Andreas Haber, Kunstmaier und Architekt, Hier, Fischenheim.

Literarisches

Der „Arbeiterfunk“, die große Wochenchrift des Arbeiter-Radio-Bundes, erscheint jetzt in erheblich verbesserter Ausstattung. Neben allen deutschen Sendeprogrammen der Woche bringt er auch viele Programme der Nachbarländer, daneben einen umfangreichen kulturellen Teil, mehrere Beilagen in deutscher, russischer und polnischer Sprache. Auf Wunsch des Bundes ist für alle Leser eine kostenlose Lieferung ohne besondere Gebühren durchgeführt worden, so daß die vielen Einwände der Hausbesitzer gegen die Rundfunkanlagen ihrer Mieter gegenstandslos werden.

Vom 3. Juni bis 9. Juni ist die 23. Beitragswoche, Vom 10. Juni bis 16. Juni ist die 24. Beitragswoche.

Vereinstell

Bericht der Hauptkasse für Monat Mai. Eingekandt haben: Bamberg 200 M., Berlin 1500, Beuthen 180, Bielefeld 850, Brandenburg 600, Braunschweig 800, Bremen 4500, Bremerhaven 500, Breslau 2500, Celle 400, Coblenz 300, Coburg 200, Cottbus 300, Crefeld 500, Cuxhaven 150, Darmstadt 2500, Dessau 400, Dortmund 1500, Dresden 550, Düren 275, Düsseldorf 1000, Eberswalde 210, Eisenach 400, Eiberfeld 6300, Eibing 600, Emden 250, Elmsee 200, Essen 2000, Forst 425, Frankfurt a. M. 8200, Frankfurt a. d. O. 300, Freiburg 350, Fürstentum 60, Gießen 500, Grlitz 1000, Gotha 1500, Göttingen 750, Greifswald 90, Guben 200, Gützkow 300, Halle 2100, Hamburg 11 500, Hamborn 280, Hamm 100, Heilbronn 300, Heidelberg 300, Herford 650, Hildenburg 100, Hirschberg 225, Hof 170, Jena 300, Jüterbog 100, Kafferslautern 200, Karlsruhe 630, Kiel 155, Kolberg 250, Köln 5300, Köslin 200, Landsberg 100, Landshut 60, Landenburg 100, Leipzig 1100, Plegitz 500, Pörsch 110, Lübeck 1400, Lüdenscheid 200, Lüneburg 254, Magdeburg 2300, Marburg 600, Meerane 450, München 1500, Münster 700, Neisse 200, Neumünster 750, Neustadt a. d. S. 100, Neustrelitz 210, Niesky 490, Oldenburg 300, Osnabrück 600, Pforzheim 300, Pirmasens 150, Plauen 750, Reichenbach 400, Regensburg 250, Rendsburg 170, Rostock 1400, Schwerin 300, Sorau 200, Spremberg 200, Stettin 2350, Stolp 100, Stuttgart 1000, Tilsit 200, Wabernburg 500, Weimar 500, Wiesbaden 5400, Wilhelmshaven 1150, Wittenberge 120, Wolfenbüttel 200, Würzburg 1000, Zell 1200. J. Heirich, Kassierer.

Sterbetafel

Bamberg. Nach längerer Krankheit starb am 23. Mai unser Kollege Job. S. Eilhof, geboren am 16. November 1886. Dortmund. Am 14. Mai verunglückte tödlich nach 25 jähriger Mitgliedschaft Kollege Job. S. Eilhof, geb. 7. März 1883 in Niederhausen. Seine ruhige, sachliche Mitarbeit in der Filiale Dortmund wird ihm ein ehrendes Andenken sichern. Effen. Unser langjähriges Mitglied, Kollege Max Streubel, ist am 12. Mai im Alter von 59 Jahren gestorben. — Am 7. Mai starb unser treuer Kollege Karl Ulbrich im Alter von 86 Jahren. Herford. Am 24. Mai starb plötzlich an Herzschlag unser treuer Kollege Heinrich Sinte im Alter von 54 Jahren. Mainz. Am 23. Mai starb plötzlich unser Mitglied Philipp Doh, Ländler zu Mainz-Finthen, infolge eines Schlaganfalles auf der Arbeitsstelle. Ehre ihrem Andenken!